

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de

[2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung BREXITfehlerReformchanceEU](#)

30.6.2016 **BREXIT als Beitrag zu UK-Abstieg, *EU sollte selbstkritisch reformieren*



BREXIT-Unfall – Londoner Politikchaos und EU-Reformchancen

Das mit knapper Mehrheit für EU-Austritt des Vereinigten Königreichs entschiedene Referendum am 23. Juni 2016 erscheint kaum eine Woche nach der Entscheidung wie ein großer Referendumsunfall: ökonomisch massiver Einbruch beim Pfundkurs, bei den Aktienkursen und eine offenbar handlungsunfähige Konservative Partei, nach dem angekündigten Rücktritt von Premier Cameron; und eine Rebellion bei der Labour-Partei gegen Parteichef Jeremy Corbyn. Die eigentlich als rational und ruhig geltenden Briten haben mit ihrer BREXIT-Entscheidung ihr Land auf einen Pfad zu ökonomischen Schwierigkeiten gebracht und ob sich ein britischer Premier findet, der bei der EU den Antrag auf EU-Austritt gemäß Artikel 50 des Lissaboner Vertrages stellt, ist fraglich. Cameron will diesen Schritt im Oktober, nach Neuwahl eines neuen Parteichefs bei den Konservativen, seinem Nachfolger überlassen. Diese Strategie wird unter dem London-Feuer der Abwertungs- und Aktienmarktverluste an fast jedem Tag ohne neuen Premier implodieren. Es wird eine rasche Neuwahl des Chefs der Konservativen geben müssen, für die Boris Johnson als BREXIT-Aushängeschild kaum antreten wird, da er fürchten muss, bei baldigen notwendigen Neuwahlen eine gewaltige Niederlage einstecken zu müssen: Für all das BREXIT-Chaos, das Experten für die Zeit nach BREXIT prognostiziert hatten, von Johnson aber als Schwarzmalerei bestritten wurde – nun ist es da.

Wenn ein BREXIT-Gegner als neuer Premier gewählt ist, ließe das auf einen schwierigen Balance-Akt hinaus – letztlich auf ein neues Referendum. Die große Mehrheit der Abgeordneten im britischen Parlament in London ist ohnehin gegen einen BREXIT. Was das Ergebnis eines zweiten Referendums wäre, ist aber nicht sicher. Es ist im Rückblick gesehen ein Glück, dass das Vereinigte Königreich nicht Mitglied der Eurozone ist: Ein negatives EU-Referendum hätte in einem solchen Fall sofort eine massive Krise in der Eurozone ausgelöst. Aber auch so wird es neue Spannungen in der Eurozone geben.

Die ökonomische Selbstbeschädigung des Vereinigten Königreiches durch das BREXIT-Referendum ist historisch ohne Beispiel, ebenso wie der Sachverhalt, dass die jüngeren Wähler massiv pro EU votierten, während die Rentner mit hoher Mehrheit für den EU-Austritt stimmten. Dazu gehören auch jene Rentner an schönen britischen Küstenorten, die jeden Tag erfreulich gute Wasserqualität beim Baden im Meer erleben – und offenbar gar nicht wissen, dass dahinter einer Brüsseler EU-Wasserqualitätsrichtlinie steht. Man sieht hier aber, wie sehr viel mehr die EU ihre Aktivitäten besser erklären und sichtbar machen sollte; aber auch in vielen Feldern künftig wenig regulieren sollte.

Dass beim Referendum von BREXIT-Befürwortern unhaltbare Versprechungen gemacht wurden, wird rasch sichtbar werden. Die von Boris Johnson auf seinem BREXIT-Kampagne-Bus genannten 375 Millionen Pfund wöchentlichen EU-Beiträge sind in Wahrheit als britischer Netto-Beitrag kaum halb so hoch wie genannt. Die Briten werden binnen weniger Monate massiven Inflationsdruck erleben, ab 2017 deutlich steigende Arbeitslosquoten mitsamt Rezession sowie höhere Defizitquoten des Staates und sinkende Bonitätsbeurteilungen durch die Rating-Agenturen. Wenn man je ein

verrücktes Experiment für Großbritannien hätte ausdenken wollen, wie man mit einer halben Stunde Wählerarbeit Einkommen, Vermögen und Jobs in großem Stil auf einen Schlag vernichtet, dann wäre das ein erfolgreiches BREXIT-Referendum gewesen. Dass Premier Cameron in einer missratenen politischen Spekulation – eine solche Volksbefragung aus Gründen innerparteilicher Konflikte anzusetzen – das herbeigeführt bzw. nicht verhindert hat, ist ein historisches Desaster für seine Partei. Dass Cameron sehenden Auges mit Blick auf eine versprochene Minderung der Einwandererzahlen auf 100 000 pro Jahr logischen Unfug erzählte, da ja der EU-Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten gar keine Handhabe zur Begrenzung der Zuwanderung aus EU-Ländern gibt, zeigt einen konservativen Politiker mit zwei Problemen: 1) den Wählern die Wahrheit zu sagen – bei 150 000 EU-Zuwandern ja wohl auch kein Problem; 2) gerade auch die positiven Zuwanderungseffekte, inklusive Einwanderungs-Unternehmerschaft, nicht erklärt zu haben. Mit der als Folge der Bankenkrise und hohen Defizitquoten des Staates Städten auferlegten Kürzungen von nationalen Staatsgeldern hat Cameron lokal die Anti-Immigrationsdebatte perfide befeuert: Überforderte Kommunen zu besichtigen.

Die EU kann allerdings auch nicht einfach weitermachen wie bisher. Da Großbritannien zunächst einmal abgesprungen ist, wäre es sinnvoll zu erwägen: a) eine klare Begrenzung an Brüsseler Regulierungseingriffen für die Zukunft; b) gleichzeitig deutliche Erhöhung der Staatsverbrauchsquote in Brüssel – durch Ausgabenverlagerung von der nationalen auf die supranationale Ebene. Wenn die Brüsseler Staatsquote, die 2015 – wegen früherer britischer Kürzungsforderungen – bei 1% lag, nicht auf wenigsten die Hälfte der US-Staatsverbrauchsquote in Washington DC, also 4.5%, angehoben wird, so wird die Eurozone nicht funktionieren können: Europäische Infrastrukturprojekte und Landesverteidigung gehören mit jeweils etwa 2% des Bruttoinlandsproduktes nach Brüssel, wo es auch Effizienzgewinne bei einer solchen neuen vertikalen Struktur gäbe; was dann auch Spielräume für eine Senkung der Einkommenssteuersätze herbeiführen könnte. Natürlich würde Brüssel bzw. die EU in der Wahrnehmung der Wählerschaft massiv an Bedeutung und Sichtbarkeit gewinnen. Der politische Wettbewerb könnte sich bei Einführung eines richtigen EU-Parlamentes und einer echten Regierung – statt des institutionellen Zwitters EU-Kommission – deutlich intensivieren, auch sichtbar in erhöhten Wahlbeteiligungszahlen bei EU-Wahlen; hier gab es über Jahrzehnte fast nur Senkungen von Wahl zu Wahl.

Die laut Forschungsgruppe Wahlen bislang bestehende Problematik, dass Wähler wegen der bisherigen fiskalischen Unsichtbarkeit von Brüssel nicht angeben können, wofür die EU aufgabenmäßig steht und daher eine Neigung zum Wahlexperiment durch Stimmabgabe für kleine, radikale Parteien entstanden ist (siehe in UK: UKIP als Sieger in EU-Wahlen 2014, aber 2015 national mit kaum 13%), kann nur so vernünftig gelöst werden. Die bisweilen hörbaren statistischen Subsidiariätsargumente sind verfehlt. Es braucht überhaupt erst einen funktionsfähigen vertikalen differenzierten Staatsaufbau.

Die latente Eurozonen-Instabilität gilt es durch Einführung einer in den nationalen Verfassungen abgesicherten Schuldenbremse zu lösen. Wenn einige kleinere Länder dem nicht zustimmen wollen, heißt das für diese dann nur, dass sie im Fall eines „Mega-Defizitbetrugs“ wie in Athen 2009 absehbar in Konkurs gehen werden. Solange sich die EU-Gründerländer als Euro-Länder hier einig wären – 85% der Eurozone darstellend -, ist die dann sich ergebende institutionell verbesserte Eurozonen-Stabilität gesichert. Der ökonomische Vorteil einer stabilen Eurozone ist weiterhin hoch, etwa 1% des Bruttoinlandsproduktes, davon 0,5% faktisch kostenlose Importquote wegen des €-Status als internationaler Reservewährung. Der BREXIT ist eine echte EU-Reformchance.